

## Sitzung des NÖ Landtages

### Aktuelle Stunde zu „Rasche Wiedereinführung der Grenzkontrollen“

Der Landtag von Niederösterreich trat heute unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema „**Rasche Wiedereinführung der Grenzkontrollen**“ abgehalten.

Klubobmann Gottfried **Waldhäusl** (FP) meinte, aktuell gebe es 540.000 strafrechtlich relevante Anzeigen in ganz Österreich. Für Niederösterreich bedeute dies 80.000 registrierte Delikte. Wegen dieses Anstiegs der Kriminalität fordere seine Fraktion die rasche Wiedereinführung der Grenzkontrollen. Die Sorgen der Bürger müssten ernst genommen werden und österreichische Grenzkontrollen dürfe es nicht nur bei Großereignissen geben. Es sei ein Gebot der Stunde, die Grenzen zu sichern.

Abgeordneter Hermann **Findeis** (SP) sagte, Populismus habe nichts im Landtag zu suchen. Die Kriminalität könne nicht durch Grenzkontrollen eingedämmt werden. Im gemeinsamen Europa könne nicht jeder Staat um sein Gebiet einen Stacheldraht aufstellen. Viel wichtiger sei es, die Außengrenzen der EU besser zu kontrollieren und die heimische Exekutive mit mehr Personal auszustatten, forderte er 500 zusätzliche Polizeibeamte für Niederösterreich.

Klubobfrau Dr. Madeleine **Petrovic** (G) sagte, Fremde seien nicht potenziell kriminell, arbeitsunwillig und gefährlich. Tatsächlich würden in der EU bestimmte Freiheiten herrschen, die sich auf Personen, Waren und Kapital beziehen. Die derzeit bestehenden Steuergesetze müssten korrekt vollzogen werden, was ein politisches Hauptanliegen sein sollte.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) meinte, viele seien damals stolz darauf gewesen, dass mit dem Schengen-Abkommen auch die Reisefreiheit eingeführt wurde. Die EU solle den betroffenen Ländern helfen, die Kontrollen ihrer Außengrenzen effektiver durchführen zu können. Das verstärkte Aufkommen der Asylanten in Traiskirchen bedeute für den Bezirk Baden eine besondere Herausforderung.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, die Sicherheitslage in Österreich sei sehr bedenklich, was sich auch mit der Kriminalitätsstatistik belegen lasse. Daher sei der Schengen-Vertrag auszusetzen und die Binnengrenzen müssten wieder kontrolliert werden. Er sprach der Polizei Dank und Anerkennung aus. Er sagte, dass die Kriminalität wegen der offenen Grenzen ansteige, 2011 um 7,5 Prozent, wobei der Löwenanteil von drei Viertel auf Täter aus dem östlichen Ausland entfalle. Hier müssten die Alarmglocken läuten. Die „offene Haustüre“ sei auch Schuld am Anstieg des Schlepperwesens. Die niederösterreichische Bevölkerung habe ein Grundrecht auf den Schutz des Lebens und des Eigentums, es brauche umfassenden Grenzschutz.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, dass Österreich eines der sichersten Länder der Welt sei. Es gebe Zusammenarbeit mit der Exekutive der Nachbarländer und es gelte, bei den Asylverfahren eine Optimierung zu erzielen. Sie merkte an, dass sich die Menschen im Land noch nicht sicher genug fühlen würden; es gebe viele Bezirke mit akuter Personalnot, in den vergangenen Jahren seien viele Wachzimmer zugesperrt worden. Die Exekutivbeamten würden sehr gute Arbeit leisten, der Personalnotstand allerdings bringe auch eine Mehrbelastung für die Beamten mit sich. Man müsse gemeinsam daran arbeiten, in den Grenzregionen das erforderliche Personal zur Verfügung zu haben.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) dankte der Exekutive, die großartige Arbeit leiste, wobei er etwa an die Erfolge betreffend Bankomatbande erinnerte. Es habe im Vorjahr ein Plus von 7,5 Prozent bei der Kriminalität gegeben, gleichzeitig sei die Aufklärungsquote um 6,4 Prozent gestiegen. Ein Minus sei bei Einbrüchen in Einfamilienhäuser, Wohnungen, im Kfz-Bereich oder auch bei Ladendiebstählen zu verzeichnen gewesen. Gestiegen sei die Kriminalität dagegen im Schlepperbereich, und auch bei der Cyberkriminalität habe es ein Plus gegeben. Positiv erwähnte er die Videoüberwachung auf den Autobahnen, die Landeshauptmann Pröll als Pilotprojekt durchgesetzt habe. Ebenso positiv seien die neuen Strukturen, bei den Leitungsfunktionen gebe es nun eine Senkung von 31 auf 9 und damit schlankere Strukturen. Auch im Bereich

grenzüberschreitende organisierte Kriminalität seien Maßnahmen gesetzt worden. Mit flexiblen Maßnahmen wie etwa Schleierfahndung würde man oft größere Erfolge erzielen als mit punktuellen Maßnahmen.

Klubobmann Gottfried **Waldhäusl** (FP) meldete sich zu einer Tatsächlichen Berichtigung zu Wort und hielt fest, dass es der FP nicht darum gehe, den Stacheldraht wieder aufzuziehen und Mauern aufzubauen, sondern, dass seine Fraktion den Schutz und die Sicherheit der Menschen im Auge habe.

Abgeordneter Ing. Martin **Huber** (FP) forderte ein, den Beamten „das Handwerkszeug zur Verfügung zu stellen, das sie für ihre Arbeit benötigen“.

Die nächsten Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 – NÖ LV 1979** (Berichterstatter: Abgeordneter Josef **Edlinger**, VP)
- **Prüfung von Gemeinden und Verbänden durch den Landesrechnungshof.** Der Ausschuss-Antrag lautet auf Ablehnung. (Berichterstatter: Abgeordneter Erich **Königsberger**, FP)
- **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973)** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **Gartner**, SP)
- **Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **Gartner**, SP)
- **Umfassende Gemeindekooperation in NÖ** (Berichterstatter: Abgeordneter Franz **Gartner**, SP)
- **Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs** (Berichterstatter: Abgeordneter Benno **Sulzberger**, FP)

Abgeordneter Dr. Martin **Michalitsch** (VP) eröffnete die Debatte: Die Landesverfassung sei das Grundgesetz des Landes Niederösterreich. Mit dieser Verfassungsänderung werde die Kontrolle im Land verbessert. Die Kontrolle sei aber immer Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck. Ein **Abänderungsantrag** der Abgeordneten Schneeberger, Leichtfried u. a. sieht unter anderem vor, dass der Landesrechnungshof eine Stellungnahme zum Entwurf des Rechnungsabschlusses abgibt. Die zweite Änderung betreffe die Einbindung des Landesrechnungshofes in die Überprüfung der Ge-

meindefinanzen. Die beiden neuen Aufgaben seien beim Landesrechnungshof in den besten Händen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) sagte, die Transparenz über ausgelagerte Betriebe und Verbände sei immer ein großes Anliegen der FP gewesen. Der unverzerrte Überblick über die Kommunen dürfe aber nicht dazu benutzt werden, politisches Kleingeld zu wechseln. Im Gemeindepaket seien aber neben diesem Schritt in die richtige Richtung auch eine Menge „Widersinnigkeiten“ wie spekulative Geschäfte etc. enthalten. Die FP werde daher dem Gesamtpaket nicht zustimmen.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) meinte, die Gemeinden seien trotz der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte durchaus in der Lage, ihre Zukunft selbst zu gestalten. Die Reduzierung der Konsolidierungsgemeinden sei sehr erfreulich. Durch Zusammenlegungen zu größeren Einheiten sei keinerlei Einsparung zu erzielen. Basis der Gemeindekooperationen müsste gegenseitiges Vertrauen sein. Die Gemeindeautonomie sei ein Punkt, der sowohl die Gemeinden als auch das Land stark mache.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) betonte, die Landesverfassung habe auch aufzuzeigen, wie das staatliche Ganze ineinander greife. Sie ersuche um getrennte Abstimmung, denn Landesverfassungsänderungen seien keine „Horuck-Aktionen“. Die Prüfung der Gemeinden und Verbände sei durchaus auch eine Bereicherung und Verbesserungsanleitung für diese. Bei den ausgegliederten Betrieben brauche man ganz neue Kennzahlen. Mehr Papier bringe nicht automatisch mehr Kontrolle, wenn die Aussagekraft gleich bleibe.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) vertrat die Ansicht, dass der Landesrechnungshof nicht der Landesregierung unterstehe, sondern ein Organ des Landtages sei. Er fordere eine „tatsächliche Kontrolle“ und er bedaure einen Beschluss, der nicht der Kontrolle diene. Er wolle nicht, dass der Landtag eine „Teilentmündigung“ erfahre. Er forderte eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) betonte, die niederösterreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister arbeiteten ausgezeichnet im Interesse der Landesbürgerinnen und Landesbürger. Es gebe keine Institution, die mehr Kontrollmechanismen habe als die Gemeinden. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Antrag** zur Änderung der NÖ Gemeindeordnung sowie einen **Antrag** betreffend Ände-

rung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes ein. Weiters sagte er, man sei gut beraten, die Finger von Spekulationsgeschäften wie etwa Zinsswapgeschäften zu lassen. Es gebe zum jetzigen Zeitpunkt wieder Produkte am Markt, von denen man die Auswirkungen nicht kenne. Zur Frage der Gemeindekooperationen meinte er, die Gemeinden würden mit Zusammenarbeit viel Geld sparen und wären damit Vorreiter. Er brachte einen **Zusatzantrag** betreffend umfassende Gemeindekooperation in Niederösterreich ein. Weiters brachte er einen **Antrag** betreffend Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs ein.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) zeigte sich überzeugt, dass das Gemeindepaket ein großes und zukunftsorientiertes Paket sei. Die Gemeinden seien nach wie vor die größten öffentlichen Investoren. Eine der Grundlagen sei immer die enge Kooperation gewesen. Alles, was man lokal erledigen könne, solle auch lokal erledigt werden, weil es bürgernäher und transparenter sei. Er sagte, beim Umgang mit öffentlichen Mitteln müsse man viel vorsichtiger sein als bei der Veranlagung von Privatvermögen. Insgesamt stelle die Richtlinie, die vom Land Niederösterreich entwickelt wurde, laut Prof. Felderer eine große Hilfe für Gemeinden dar. Niederösterreich habe in diesem Zusammenhang eine eigene Beratungsgesellschaft für Kommunen gegründet. Seine Fraktion werde diesen Vorlagen die Zustimmung erteilen. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Grandl, Moser, Kasser, Ing. Rennhofer und Mag. Hackl einen **Abänderungsantrag** betreffend umfassende Gemeindekooperation in NÖ ein.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, die transparenten, gläsernen Parteikassen seien in Niederösterreich noch immer nicht umgesetzt worden. Der Landesrechnungshof sei ein Hilfsorgan des Landtages und müsse die Landesregierung kontrollieren. Es sei verfassungswidrig, wenn in der Landesverfassung festgeschrieben werde, dass der Landesrechnungshof auf Zuruf der Landesregierung eine Gemeinde prüfe und dieses Ergebnis nicht den Landtagsabgeordneten vorgelegt werde.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) übergab die Schriftenreihe „Recht und Finanz“ an Klubobmann Leichtfried mit der Bitte, diese Publikation an Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner weiterzugeben. Überdies könne die Landesregierung schon jetzt die Kontrolle von Gemeinden verlangen.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sagte, die Grünen, die bisher immer für mehr Transparenz waren, würden nun versuchen, einen Gesetzesbeschluss gegen das Verspekulieren von Gemeindevermögen zu verhindern.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort. Der Abgeordnete Dworak leite als Zweiter Vizepräsident den Österreichischen Gemeindebund.

Der Abänderungsantrag zur Änderung der NÖ Landesverfassung wurde einstimmig angenommen. Die Änderung der NÖ Landesverfassung 1979 – NÖ LV 1979 erfolgte in den Punkten 1 und 3 einstimmig, der Punkt 2 wurde mit Mehrheit angenommen. Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag zur Prüfung von Gemeinden und Verbänden durch den Landesrechnungshof wurde angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Dworak betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) fand keine Mehrheit. Der Hauptantrag erfolgte in getrennter Abstimmung, die Punkte 5b und 11 wurden mit Mehrheit angenommen, die übrigen Punkte einstimmig. Der Abänderungsantrag zur Änderung des NÖ Stadtrechtsorganisationsgesetzes (NÖ STROG) fand keine Mehrheit. Der Hauptantrag erfolgte in getrennter Abstimmung, die Punkte 4a und 10 wurden mit Mehrheit angenommen, die übrigen Punkte einstimmig. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Dworak betreffend Umfassende Gemeindekooperation in NÖ wurde abgelehnt. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Riedl betreffend Umfassende Gemeindekooperation in NÖ wurde mit Mehrheit angenommen. Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit angenommen. Der Abänderungsantrag des Abgeordneten Dworak und Fraktionskollegen betreffend Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden Niederösterreichs fand keine Mehrheit. Der Hauptantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) 09) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Schuster u. a. betreffend **Abstimmung über regional relevante Projekte zwischen Wien und den Umlandgemeinden Niederösterreichs.**

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, es sei wichtig, dass die Bundesländer Niederösterreich und Wien in Zukunft besser miteinander kommunizieren. Viele Bauprojekte im Wiener Umland seien zu groß geworden und würden zu viel Verkehr auslösen bzw. anziehen. In diesem Zusammenhang verlange ihre Fraktion

mehr Naherholungsraum für die Menschen. Viele Umwidmungen hätten vom Land Niederösterreich nicht genehmigt werden dürfen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) meinte es sei wichtig, über ein gemeinsames Verkehrskonzept inklusive Umweltverträglichkeitsaspekt zu sprechen. Den SP-Antrag werde man ablehnen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte im Hinblick auf die Wortmeldung von Krismer-Huber, dass diese in sich nicht schlüssig sei. Zur FP meinte er, dass es beim vorliegenden Antrag nicht um Föderalismus, sondern um ein vernünftiges Aufteilen gehe. Im Wiener Umland gebe es in diesem Zusammenhang große Probleme, man müsse geeignete Maßnahmen setzen. Hier werde ein Einzelfall behandelt, vernünftig wäre jedoch die Schaffung neuer Strukturen. Das derzeitige Management in diesem Bereich bezeichnete er als „zahnlos“, es gebe auch zu wenig Personal. In der Folge brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend die Schaffung eines Regionenausschusses zwischen einzelnen Bundesländern nach dem Vorbild anderer EU-Staaten ein.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) dankte dem Landtag für die Beschäftigung mit diesem Thema und ging näher auf das Projekt Waldmühle ein. Er meinte, keine Kritik an bestehenden Strukturen üben zu wollen, das Management funktioniere gut. Man müsse nicht unbedingt eine neue Struktur erfinden, sondern die bestehende entsprechend ausbauen. Wie der genaue Weg dorthin sein werde, werde noch Gegenstand von Diskussionen sein müssen.

Der Abänderungsantrag der SP wurde abgelehnt, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **rasche Umsetzung von Maßnahmen für einen sicheren Grenzschutz an der griechischen Außengrenze im Schengensystem.**

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meinte, dass die Menschen aus den kriegsgeschüttelten Ländern nichts anderes täten, als zu versuchen, ihren Familien ein bisschen Hoffnung zu verschaffen. Man solle überlegen, was seinerzeit etwa Österrei-

cher bewirkt hätten, die aus ihrer Heimat geflohen sind; derartiges könne auch heute möglich sein. Das Problem gehöre wirtschaftlich und humanitär betrachtet. Gemeinsam mit ihrem Fraktionskollegen brachte sie einen **Antrag** betreffend einheitliche EU-Asyl- und Einwanderungspolitik und gerechte Aufteilung der AsylwerberInnen im Bundesgebiet ein.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte zu seiner Vorrednerin, dass Österreich und Niederösterreich sich immer für Flüchtlinge stark gemacht habe und dies auch in Zukunft tun werde. Auch ihm täten diese Menschen und insbesondere deren Kinder leid. Dennoch bezeichnete er Petrovics Kritik als falsch, seine Fraktion wolle zum Schutz der niederösterreichischen Bevölkerung tätig sein und unterstütze daher diesen Antrag. Allerdings gehe selbiger noch zu wenig weit. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er daher einen **Antrag** betreffend „Kriminalität stoppen – Schengen aussetzen – Grenzen sichern“ ein.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) meinte zur Situation an der Außengrenze Griechenland-Türkei, das durch größere Wanderungsbewegungen ein riesiger Druck auf Griechenland entstanden sei. Für Frontex sei es schwer zur Sicherung der Grenze beizutragen, die EU sei somit aufgefordert, Griechenland beim Grenzschutz zu unterstützen. Er gab auch zu bedenken, dass hier Einzelschicksale zu sehen seien. Die Lager in Griechenland würden übergehen und seien in einem schlechten Zustand. Den Hauptantrag werde man unterstützen, ebenso den VP-Zusatzantrag, den FP-Antrag werde man nicht unterstützen.

Abgeordneter Mag. Gerhard **K a r n e r** (VP) meinte zur Abgeordneten Petrovic, dass hier nicht von einem Hetzantrag gesprochen werden könne und dass Asylwerber und Wirtschaftsflüchtlinge klar voneinander zu trennen seien. Weiters meinte er, dass niemandem gedient sei, wenn Flüchtlingsheime aus allen Nähten platzen. Der NÖ Landtag müsse ein entsprechendes Signal setzen. Griechenland müsse ein ordentliches Asylsystem aufbauen und den Grenzschutz sicherstellen. Niederösterreich sei immer besonders von Asylwellen betroffen, die anderen Bundesländer sollten auch ihren Beitrag leisten. Eine gerechte Aufteilung und Unterbringung sei im Interesse der Asylwerber und zutiefst menschlich. Abschließend brachte er einen Zusatzantrag seiner Fraktion betreffend europäische Koordination für anlassbezogene Grenzkontrollen ein.



Dieser Antrag fand ebenso die Mehrheit von VP, SP und FP wie der Hauptantrag. Die beiden Abänderungsanträge blieben hingegen in der Minderheit.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) referierte zum Bericht der Landesregierung betreffend **NÖ Sportgesetz – Sportbericht 2011**.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) eröffnete die Debatte: Der Sportbericht sei aussagekräftig, klar strukturiert und gut zu lesen. Das abgelaufene Jahr sei durch sehr gute Veranstaltungen vom Beachvolleyballturnier in Baden bis zum Snowboardweltcup am Jauerling sowie große Erfolge geprägt gewesen. Einziger Kritikpunkt sei die überproportionale Förderung von Fußball. Insgesamt seien die rund 18 Millionen Euro für den Sport in Niederösterreich gut und richtig investiert.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, der Sport verbinde alle Parteien. Der Bericht zeige, dass niemand zu kurz komme. Sport bringe gesellschaftlich sehr viel, sei gesundheitsfördernd und belebe die regionale Wirtschaft. Das positive Erscheinungsbild des Sports in Niederösterreich sei ein Verdienst der Sport-Landesrätin und ihres Teams.

Abgeordneter Rupert **D w o r a k** (SP) merkte an, im Bericht merke man das Bemühen des Landes, vielfältige Schwerpunkte von der Gesundheitsprävention bis zum Spitzensport zu setzen. Die Dachverbände seien sehr dankbar für die Unterstützung und das Engagement seitens des Landes. 320.000 Sportler in den 2.000 Vereinen der drei Dachverbände bildeten das Fundament des Sports in Niederösterreich.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) betonte, das Sportland Niederösterreich sei gerade 2011 stark in den Mittelpunkt gerückt – von Benjamin Karl, Kathrin Zettel und Jürgen Melzer bis zu den 225 niederösterreichischen Staatsmeistern. Zudem bringe Niederösterreich Spitzensport zu den Menschen. Spitzensportsponsoring wiederum bringe wirtschaftliche und touristische Impulse. Die Spitzensportler in Niederösterreich seien wichtige Vorbilder für die Jugend.

Der Sportbericht wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Lukas **M a n d l** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes 1974 (NÖ KAG)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, mit dieser Änderung des Krankenanstaltengesetzes werde das Wartezeitmanagement in das NÖ Krankenanstaltengesetz implementiert. Die Menschen würden auf ein vernünftiges und transparentes Wartezeitmanagement warten. Ihre Fraktion werde der Gesetzesvorlage die Zustimmung erteilen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) teilte mit, dass seine Fraktion der Änderung des Krankenanstaltengesetzes zustimmen werde. Auch dem Resolutionsantrag der SP werde man die Zustimmung geben. Er forderte, dass weit mehr in die Vorsorge investiert werde. Abschließend bedankte er sich bei allen im Krankendienst Beschäftigten für ihren Einsatz.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) sagte, Ziele des heutigen Antrages seien etwa die Schaffung eines transparenten Wartezeitmanagements bei planbaren Operationen und die Etablierung einer Schutzgruppe für Opfer häuslicher Gewalt. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Kriterien für den Ablauf und die Organisation des Wartelistenregimes ein.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) wies darauf hin, dass die Bevölkerung der Gesundheitsversorgung in Niederösterreich sehr positiv gegenüberstehe. Ziel des Antrages sei die Schaffung eines transparenten Wartezeitmanagements. Die Zufriedenheit mit den niederösterreichischen Landeskliniken sei sehr hoch. Mit diesem Gesetzesantrag werde dem Wohl der Patienten noch mehr Rechnung getragen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der Resolutionsantrag des Abgeordneten Kernstock fand keine Mehrheit.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Rennhofer, Mag. Leichtfried u. a. betreffend **Verbot von nicht biologisch abbaubaren Kunststofftragetaschen aus fossilen Rohstoffen (Plastiksackerlverbot)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, in Zeiten der sich verknappenden Ressourcen gebe es einen ziemlichen Handlungsbedarf. Der Antrag in seiner Grundaussprägung sei einer, der einstimmig beschlossen werden sollte. Von großem Interesse sei aber die Formulierung „gezielte Lenkungsmaßnahmen“. Dafür

bräuchte man die Europäische Union in keinster Weise. Sie brachte einen **Antrag** betreffend Nutzung der österreichischen Steuerhoheit – Novelle der Verpackungsverordnung ein.

Klubobmann Mag. Günther **L e i c h t f r i e d** (SP) erinnerte an den Resolutionsantrag der SP bezüglich eines Verbotes, den man vor über einem Jahr im Landtag diskutiert habe. Er ging besonders auf die Stadtgemeinde Wieselburg ein, die bereits viele Aktionen gesetzt habe, um Wieselburg plastiktaschenfrei zu machen. Das zeige, dass man sehr viel erreichen könne, denn heute gebe es in Wieselburg fast keinen Betrieb mehr, der Kunststofftaschen ausbebe.

Abgeordneter DI Willibald **E i g n e r** (VP) sprach aus Sicht der Wirtschaft von einer „Flut an Regulierungen“ unter der man leide. Aus Sicht der Umwelt seien Plastiksackerl ökologisch schlecht. In den USA gebe es schon seit zehn Jahren Biotaschen. Alternativen zu Plastiktaschen seien Stofftaschen bzw. Papiertaschen. Auch Biokunststoffe seien in Niederösterreich schon sehr weit entwickelt. Daher werde seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Krismer-Huber wurde mit Mehrheit angenommen, der Antrag betreffend Verbot von Plastiksackerln wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger u. a. betreffend **Reduktion der Fördergebietskulisse**.

Abgeordneter Edmund **T a u c h n e r** (FP) bezeichnete die Reduktion der Förderungen als eine Gefahr für die niederösterreichische Wirtschaft. Zudem verfolge die EU-Kommission mit diesem Vorhaben das Ziel, die Souveränität Österreichs weiter zu untergraben.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) meinte, Niederösterreich habe sich in den letzten Jahren sehr gut entwickelt und die Regionen hätten von der EU profitiert und viele Fördermittel lukriert. Die Kaufkraft der niederösterreichischen Bürger habe sich laut Eurostat in den letzten Jahren erhöht. Auf Grund dieser guten Entwicklung werde es Abstriche bei den Förderungen geben.

Zweiter Präsident Mag. Johann H e u r a s (VP) betonte, die Regionalförderung in Österreich für die Förderperiode von 2014 bis 2020 sei in Gefahr. In der letzten Förderperiode habe Niederösterreich allein durch den EFRE-Fonds 90 Millionen Euro erhalten, inklusive der nationalen Förderungen 200 Millionen Euro. Diese Unterstützungen hätten insgesamt Investitionen von 690 Millionen Euro ausgelöst. Niederösterreich wolle diese Förderungen aber auch in Zukunft lukrieren. Die EU versuche mit den Förderungen die Unterschiede innerhalb Europas auszugleichen. Als bestes Beispiel führte er die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen an.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried u. a. betreffend **Wohnbauförderungsmittel des Bundes**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, die Zweckwidmung der Wohnbauförderung sei notwendig und finde die Zustimmung ihrer Fraktion.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, der Punkt der Zweckwidmung sei absolut richtig. Inhalte und Ideen des Antrages seien gut, die Glaubwürdigkeit leider nicht gegeben. Trotzdem werde seine Fraktion den Antrag unterstützen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) erinnerte, dass der Antrag darauf abziele, die Mittel für den Wohnbau zweckzuwidmen. Niederösterreich habe seit dem Jahr 1996 insgesamt 300 Millionen Euro Wohnbaufördermittel vom Bund bekommen und diese Summe auf 500 Millionen Euro aufgestockt. Das Salzburger Modell sei momentan nicht umsetzbar, doch solle man auch Zukunftsvisionen haben. Der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel sollte man aber zustimmen.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, dass bei der Wohnbauförderung in weiten Teilen ein Klima der Zusammenarbeit herrsche und die Menschen den sozialen Wohnbau dringend notwendig hätten. Es wundere ihn, dass das Thema der Zweckbindung gerade in Niederösterreich diskutiert werde – hier sei dies der Fall. Pro Jahr würden 2.800 Wohneinheiten hergestellt. Man habe in Niederösterreich ein deutlich besseres System als in Salzburg und man habe im Wohnbau einen großen gemeinsamen Erfolg vorzuweisen, an dem man nicht rütteln sollte. Die Beantragung erfolge in diesem

Bereich in Niederösterreich außerdem rasch und einfach. Mit dem Wohnservice verfüge man über ein sehr gutes System.

Der auf Ablehnung lautende Ausschuss-Antrag wurde angenommen.

Es folgte eine Debatte über die Beantwortung der Anfrage des Abgeordneten Thumpser an Landesrat Dr. Pernkopf betreffend **Aufträge des Landes NÖ an Firma "Brainbows"**.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) bezeichnete die vorliegende Beantwortung der Anfrage an Landesrat Pernkopf als unzureichend, es sei keine differenzierte Beantwortung erfolgt. Es gebe hier Aufklärungsbedarf, der auch die Grüne Fraktion betreffe.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) meinte, die Firma Brainbows mit Frau Langthaler sei ein ausgezeichnetes Unternehmen, inhaltlich und organisatorisch würde hier sehr gute Arbeit geleistet. Er erklärte, dass seitens der Abgeordneten Krismer-Huber eine ebensolche Anfrage wie seine an Landesrat Pernkopf eingebracht worden war, diese sei jedoch binnen kürzester Zeit zurückgezogen worden. In seiner Anfrage sei es nicht um die Firma Brainbows, sondern um die Vorgangsweise gegangen.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) sagte, dass in diesem Falle Amtsverschwiegenheit, Amtsgeheimnis sowie ein Verschwiegenheitsgebot gelten würden. Darauf sei in der Anfragebeantwortung hingewiesen worden. Ebenso sei darauf hingewiesen worden, dass die Vergaberichtlinien eingehalten wurden. Es sei hier eine ganz normale Vorgangsweise vorzufinden. Er beantragte, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) merkte an, dass man diese Art von Beantwortung in letzter Zeit ständig vorfinde. Man gehe auf die Dinge nicht ein, da man sie nicht diskutieren wolle. Er stellte den Antrag die Beantwortung grundsätzlich nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag auf Annahme der Anfragebeantwortung wurde mit Mehrheit angenommen.

Schluss der Sitzung!